

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

35. Sitzung
27. Februar 2014

Beginn: 13.02 Uhr
Schluss: 16.45 Uhr
Vorsitz: Renate Harant (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugendministerkonferenz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 17/1382
Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Gesetze [0178](#)
BildJugFam
- b) Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU
Drucksache 17/1000
Bußgeldverbundene Teilnahmeverpflichtung an der Sprachstandsfeststellung (Änderung des Schulgesetzes) [0132](#)
BildJugFam

- c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0154](#)
Drucksache 17/1082 BildJugFam
**Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin
(SchulG)**
- d) Antrag der Piratenfraktion [0155](#)
Drucksache 17/1137 BildJugFam
**Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land
Berlin**
- e) Antrag der Piratenfraktion [0186](#)
Drucksache 17/1455 BildJugFam
**Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land
Berlin (SchulG)**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Renate Harant: Zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Volksinitiative gemäß Artikel 61 Abs. 1 der Verfassung [0179](#)
von Berlin BildJugFam
Drucksache 17/1384
„Schule in Freiheit“

Hierzu: Anhörung der Vertrauenspersonen nach § 9 Absatz 2 Satz 1 des
Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid
(Abstimmungsgesetz)

begrüße ich ganz herzlich die Volksinitiative „Schule in Freiheit“. Zu diesem Tagesordnungspunkt findet die in § 9 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes vorgesehene Anhörung von Vertrauenspersonen statt. Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Ich sehe Nicken, dann machen wir das so. Zu der Anhörung begrüße ich Herrn Wilhelmi, Herrn Kaun, Herr Schmalwasser, Frau Schrodts und Herrn Stüttgen. Wie Sie sehen, wird die Anhörung aufgrund der zahlreichen Zuschaueranmeldungen per Live-Übertragung in den Festsaal übertragen. An die Anzuhörenden möchte ich noch den Hinweis richten, dass der RBB anwesend ist und Bild- und Tonaufnahmen für die Abendschau anfertigen möchte. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind. Da die Volksinitiative ebenfalls Bild- und Tonaufnahmen anfertigen möchte, muss ich den Ausschuss fragen: Ist der Ausschuss damit einverstanden? – Ich höre auch keinen Widerspruch. Der Ausschuss verfährt bei Anhörungen üblicherweise so, dass die Anzuhörenden zunächst eine Stellungnahme abgeben. Wir hatten uns so verständigt, dass die Vertrauenspersonen insgesamt 40 Minuten Zeit haben, vorzutragen, wobei Sie die Reihenfolge und die Länge der einzelnen Beiträge selbst festlegen können. Also, wir geben Ihnen jetzt 40 Minuten lang einfach mal die Möglichkeit, uns mit Ihrem Anliegen vertraut zu machen, und ich bitte Sie, sich auch jeweils kurz vorzustellen, in welchem

Zusammenhang Sie zu dem Thema stehen, und würde jetzt Herrn Wilhelmi bitten, damit zu beginnen. – Bitte schön!

Kurt Wilhelmi (Volksinitiative „Schule in Freiheit“): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr verehrte Frau Senatorin Scheeres! Sehr geehrte Ausschussmitglieder! Liebe Anwesende! Mein Name ist Kurt Wilhelmi, ich arbeite beim OMNIBUS für Direkte Demokratie, das ist die Trägerin der Berliner Volksinitiative „Schule in Freiheit“. Die Volksinitiative wurde von 29 284 Menschen unterschrieben, 25 715 Unterschriften wurden als gültig anerkannt. Ich möchte betonen, dass die allermeisten dieser Unterschriften auf der Straße, auf den Straßen und Plätzen Berlins gesammelt wurden, also auf Wochenmärkten, auf Spielplätzen, auf Veranstaltungen. Das heißt, die eben genannten Zahlen sind nicht nur Äußerlichkeiten, sondern sie bringen zum Ausdruck, dass im letzten Jahr in Berlin Zehntausende Gespräche über die Schulfrage stattgefunden haben. Etwa 230 interessierte Menschen sind heute hier. Wir haben von der Parlamentsverwaltung leider nicht den Plenarsaal zur Verfügung gestellt bekommen, da hätten alle schön reingepasst, aber immerhin ist jetzt der Festsaal mit Live-Übertragung zugeschaltet. Schöne Grüße an den Festsaal, ich hoffe, dass da auch eine gute Stimmung ist und dass man alles gut mitbekommt, und lade herzlich dazu ein, dass wir uns nachher unten im Eingangsbereich zu einem gemeinsamen Foto treffen.

Die Volksinitiative wurde auch von 23 Organisationen unterstützt. Ich möchte einige wenige Beispiele nennen: den Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin, den Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden – DaKS –, den Arbeitskreis Neue Erziehung – ANE –, das ist eine Organisation, die mehr mit den staatlichen Schulen zu tun hat, und aus dem Bereich der Schulen in freier Trägerschaft war zum Beispiel der Montessori Landesverband Berlin dabei oder die Bürgerplattform Wedding/Moabit. Wir wollen gemeinsam mit der Volksinitiative ein direktdemokratisches Zeichen dafür setzen, dass es in Berlin ein wachsendes Interesse an selbstständigen und eigenverantwortlichen Schulen gibt, in denen die Mündigkeit und die Kreativität sich entwickeln können, die wir für unsere Demokratie so dringend brauchen.

Bereits 2010 gab es eine erste Volksinitiative „Schule in Freiheit“, im März 2011 hat die Anhörung stattgefunden. Damals gab es mehrere Beschlussvorlagen der einzelnen Fraktionen, und in dem Mehrheitsbeschluss des Plenums waren damals zwei Dinge enthalten, über die wir uns gefreut haben: erstens die Aussage, dass das Abgeordnetenhaus die Forderung der Volksinitiative nach mehr organisatorischer Selbstständigkeit der staatlichen Schulen grundsätzlich unterstützt – das ist ein Punkt, der später auch in die Koalitionsvereinbarung Einfluss gefunden hat –, zweitens das Vorhaben, für die Schulen in freier Trägerschaft ein neues, transparentes Finanzierungsmodell zu entwickeln – dazu wurde ja dann eine Arbeitsgruppe in der Senatsverwaltung eingerichtet. Die Ideen und Forderungen der ersten Volksinitiative sind bis heute nicht verwirklicht, deshalb sind wir heute wieder hier.

Ich möchte Ihnen die Ideen der Volksinitiative zunächst einmal ganz kurz zusammenfassen – es sind drei Ideen: Die erste Idee ist die pädagogische Freiheit, die besagt, dass die Arbeit, die an den Schulen geleistet wird, nicht durch äußere Vorschriften fremdbestimmt werden soll. Wir denken, dass es besser ist, wenn die Inhalte und Formen dieser Arbeit sich aus dem Schulwesen selbst entwickeln können. Es ist besser, wenn die pädagogischen Konzepte oder auch die Aufgabenstellungen für Herausforderungen und Prüfungen sich aus der pädagogischen Erfahrung heraus entwickeln können und die Lehrer dadurch als authentische Persönlichkeiten arbeiten können. Die zweite Idee ist die gleichberechtigte Finanzierung, die betrifft

die Schulen in freier Trägerschaft. Die bekommen in Berlin schätzungsweise zwei Drittel dessen, was vergleichbare staatliche Schulen bekommen. Sie müssen deswegen von den Eltern Schulgeld erheben. Wir wollen die gleichberechtigte Finanzierung, damit sie kein Schulgeld mehr erheben müssen, dass sie also öffentlich zugänglich werden unabhängig vom Einkommen der Eltern. Die dritte Idee ist die selbstständige Organisation. Die betrifft die staatlichen Schulen, die ja als nicht rechtsfähige Anstalten öffentlichen Rechts Verwaltungsabteilungen sind – das heißt, sie haben sehr eingeschränkte Initiativ- und Entscheidungshoheit zum Beispiel im Bereich Personal oder im Bereich Finanzen, wo doch recht kameralistische und bürokratische Zustände die Schulen in ihrer Arbeit behindern. Deswegen fordern wir, dass die staatlichen Schulen ihre Schule selbst organisieren und verantwortlich gestalten können.

Die zweite Volksinitiative beinhaltet die gleichen drei, eben dargestellten Ideen wie die erste Volksinitiative. Darüber hinaus bringen wir diesmal Umsetzungsvorschläge mit, also ganz konkrete Vorschläge für gesetzliche Änderungen, die wir Ihnen im Folgenden darstellen wollen. – So weit erst mal. Vielen Dank!

Vorsitzende Renate Harant: Herr Schmalwasser!

Jonathan Schmalwasser (Volksinitiative „Schule in Freiheit“): Danke! – Ich begrüße Sie herzlich. Ich werde heute kämpfen, aber nicht gegen Sie. Ich werde heute mit Ihnen gemeinsam kämpfen. Können Sie sich erinnern an die Zeit, als Sie noch zur Schule gegangen sind? – In der Grundschule lernte ich lesen, und ich hatte Spaß dabei, ich war begeistert. Ich konnte so nicht nur all die Dinge lesen – langsam –, die überall standen, nein, ich konnte auch sogar bald meinen eigenen Namen schreiben. Doch irgendwann kam eine Lehrerin und sagte mir, ich müsste mehr üben, ich sei nicht gut genug, ich würde viel zu stockend lesen und meine Klassenkameraden wären viel besser. Von da an hatte ich Angst, zum Unterricht zu kommen. Es machte mich fertig, es zerstörte mich innerlich. Aber ich musste mich damit abfinden. Und dann wuchs ich weiter mit der Gewissheit auf: Ich bin nicht gut genug, um lesen und schreiben zu können. Mit der Zeit machte ich die Erfahrung in allen möglichen anderen Bereichen – erst kam Sport hinzu, dann Schwimmen, dann Singen, Zeichnen und Malen. Nach der 4. ging ich auf ein Schnellläufergymnasium, und ich erlebte die Erfahrung noch einmal: Ich bin nicht gut genug. Es kam Englisch hinzu, Biologie, Latein und Geschichte. Irgendwann gab es nur noch ein Fach, bei dem ich dachte, ich würde es wirklich können – es war Mathe. Aber ich kam mit der Unterrichtsweise meiner Lehrerin nicht klar, und so hatte ich da auch nie ein Erfolgserlebnis.

Ich wurde krank, und ich wurde immer öfter krank, ich dachte zunehmend öfter über Sterben nach. Heute weiß ich aus Gesprächen mit anderen, dass ich nur einer von vielen bin und dass es weit schlimmere Geschichten gibt. Aber ich hatte Glück, und meine Eltern haben sich um mich gesorgt. Sie haben gemerkt, dass dieser Ort mir nicht gut tat, und sie fanden eine andere Schule für mich – eine Schule, die daran glaubt, dass jeder begabt ist, eine Schule, die es geschafft hat, ein System aufzubauen, in dem man lernen darf, ein System, in dem ich wieder aufgehen konnte. Ich habe die letzten vier Jahre damit verbracht, mich von der Erfahrung zu erholen. Ich habe begonnen, wieder zu leben. Und ich sage Ihnen jetzt: Ich kann lesen. Ich kann schreiben. Ich kann schwimmen, Sport treiben, singen, zeichnen und malen, und ich kann auch Englisch, Geschichte, Biologie – und ich kann noch viel mehr, aber ich sage Ihnen auch, ich muss mir das alles leider selbst noch oft genug sagen, denn so eine Erfahrung geht nicht so schnell wieder weg. Ich wäre sehr glücklich, wenn ich Ihnen jetzt auch sagen könnte,

meine Geschichte ist eine von vielen. Den ersten Teil haben viele so erlebt, doch nur wenige hatten das Glück, auch den zweiten erleben zu dürfen – und deshalb bin ich hier, weil ich mit Ihnen gemeinsam schönere Geschichten in Schule bringen möchte.

Mein Name ist Jonathan, ich bin 17 Jahre alt und besuche die 12. Klasse der Evangelischen Schule Berlin Zentrum. Ich war schon auf den unterschiedlichsten Schulen und bin endlich jetzt an meiner vierten gut angekommen. Ich engagiere mich auf viele verschiedene Arten und Weisen für die Veränderung von Bildung. Und ich habe einen Traum. Ich habe den Traum, dass, wenn wir anfangen, miteinander zu arbeiten, dass wir es schaffen, Schule zu einem Ort zu machen, an dem wir wieder mit Freude lernen dürfen. Jeden Tag, wenn ich aufstehe, merke ich, wie dieser Traum langsam, aber gewiss anfängt, Realität zu werden, und ich möchte diesen Traum gemeinsam mit Ihnen umsetzen.

Eigentlich sollten hier jetzt die Vorschläge der Volksinitiative kommen, doch ich werde sie weglassen, denn Sie können sie alle auf dem Blatt vor sich nachlesen, sie stehen unter „pädagogische Freiheit“. Ich kann Ihnen aber sagen, warum ich bei der Volksinitiative bin, denn an der Schule, an der ich jetzt bin, nutzt man schon allen Raum aus, um uns lernen zu lassen, wie wir am besten lernen können. Doch auch wir stoßen jetzt an Grenzen, es sind die Abschlüsse. Sie verhindern, dass wir Schüler noch weiter lernen dürfen, und sie werfen uns wieder zurück. Deshalb bin ich hier bei der Volksinitiative, um mit Ihnen gemeinsam heute einen neuen Weg einzuschlagen. Auf den Blättern vor Ihnen sind Vorschläge, es sind erste Schritte. Aber ich bin nicht hier, um Ihnen Vorschläge zu machen. Ich bin heute hier, um gemeinsam mit Ihnen weiterzudenken. Ich bin hier, damit unsere Generation über ihren Schatten springt. Ich bin hier, damit Schule wieder schönere Geschichten schreibt.

Lasst uns jetzt nicht darüber nachdenken, was alles nicht funktioniert, und lasst uns auch nicht darüber nachdenken, warum es nicht funktioniert, das bringt niemanden weiter. Lasst uns darüber nachdenken, wie wir es anstelle dessen besser machen können. Lasst uns darüber nachdenken, wie Schule heute aussehen muss. Lasst uns alle gemeinsam mitdenken. Meine Rede dauert noch zwei Minuten, ich gebe Ihnen diese Zeit. Und ich ermutige Sie: Denken Sie groß, denn nachher können wir es immer noch in kleinen Schritten umsetzen. Denken Sie darüber nach, wie wir Schule den Raum geben können, sich weiterzuentwickeln.

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Schmalwasser! – [Beifall bei den Zuhörern] – Ich muss die Gäste darauf hinweisen, dass Beifallsbekundungen und auch lautstarke Kritik nicht üblich und nicht zulässig sind. Bitte hören Sie zu, aber mischen Sie sich hier nicht mit Beifall oder Ähnlichem ein, sonst müsste ich die Öffentlichkeit ausschließen, das wollen wir alle nicht. – Wer spricht als Nächster? – Bitte, Frau Schrodts!

Monika Schrodts (Volksinitiative „Schule in Freiheit“): Ich begrüße Sie alle ganz herzlich. Ich bin Monika Schrodts, Lehrerin in den Sekundarstufen und seit einigen Jahren in staatlichen Schulen und in freien Schulen tätig. An den Schulen in freier Trägerschaft habe ich wahrgenommen, dass die kulturelle und die soziale Vielfalt unserer Großstadt Berlin in der Schülerschaft nicht annähernd abgebildet sind. Was sind die Ursachen dafür? – Das fehlende Abbild der Diversität muss mit dem Schulgeld zu tun haben, das Schulen in freier Trägerschaft erheben. Kann das im Sinne der Mütter und Väter des Grundgesetzes gewesen sein, als sie den beiden Schulmodellen in Artikel 7 unseres Grundgesetzes in guter Absicht ihre Berechtigung verankert haben? Ich zitiere mal aus Absatz 4:

Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn ... eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird.

Machen Sie sich mal klar, was da steht. – Die Begrenzung der Zuwendungen an Schulen in freier Trägerschaft auf etwa 65 Prozent der Finanzmittel einer vergleichbaren staatlichen Schule durch das Land Berlin nötigt die freien Schulträger/innen, zur Kostendeckung Schulgeld von den Eltern zu erheben sowie bei Banken Kredite zum Aufbau und zum Erhalt insbesondere der Gebäudeinfrastruktur zu stemmen. Sie sind im Bilde, dass die Bürgerplattform Wedding/Moabit sehr engagiert eine Bürgerschule für die vielfältigen Kiezkinder mit zum Teil schlechter Sozialprognose gründen will. Doch wie soll das wirtschaftlich funktionieren, wenn die Elternhäuser kein Schulgeld dafür aufbringen können? Werden Sie als Parlament Ihrer Verantwortung dafür gerecht und gewährleisten Sie, dass die Finanzierung dieser und aller weiterer, der Perspektive unserer Kinder förderlichen Schulinitiativen aus der Zivilgesellschaft möglich werden!

Schule ist für mich als Lehrerin als Lebensraum zu verstehen, der Lernen und Leben in Beziehung zueinander setzt, ein öffentlicher Lebensraum, der allen Kindern und Jugendlichen frei zugänglich sein muss. Mit diesem Anspruch habe ich diesen Beruf ergriffen, als Lehrerin tätig zu sein, mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten. Schulgeld im Lebensraum Schule ist absurd, ein nicht auflösbarer Widerspruch. Diese Diskrepanz ist dringend aufzuheben – durch Sie hier im Abgeordnetenhaus. Wir als Volksinitiative fordern die gleichberechtigte Finanzierung aller allgemeinbildenden Schulen im Land Berlin. Die bestehende soziale Selektion, die unser Schulwesen kennzeichnet, muss abgebaut werden. Freie Schulwahl für Schüler/innen und Eltern darf nicht vom Geldbeutel der Familien abhängen. Damit dies mithilfe der Gesetzgebung zügig auf den Weg gebracht werden kann, haben wir als Volksinitiative drei konkrete Umsetzungsvorschläge an Sie im Abgeordnetenhaus: zum Ersten die Ermittlung der Schülerkostensätze und daraus folgend dann die Entwicklung eines Finanzierungsmodells, zweitens die gleichberechtigte Finanzierung aller Schulen unter Bedingung der Schulgeldaufhebung und drittens die Abschaffung der sogenannten Wartefrist für Schulgründungen.

Erstens – noch mal zu den Schülerkostensätzen: Die Volksinitiative war 2010 Impulsgeberin und Katalysator zur Einberufung der Arbeitsgruppe beim Senat zur Ermittlung von Schülerkostensätzen. Jetzt, im Jahr 2014, nach vier Jahren des Rechnens, ist es an der Zeit, vollständige und tragfähige Ergebnisse vorzulegen, verwertbare Daten, die darüber Auskunft geben, wie viel ein Berliner Schulkind an der jeweiligen Schulform tatsächlich kostet. Ja, auch Sie im Abgeordnetenhaus wissen nicht, was ein Schulplatz kostet. Aus den Schülerkostensätzen ist schließlich ein Finanzierungsmodell abzuleiten, dass die tatsächlichen Zuwendungen an die Schulen in freier Trägerschaft ausweist. Im Berliner Schulgesetz ist endlich auszuweisen, wie viel Prozent der Gesamtkosten eines Schulbetriebs den Schulen in freier Trägerschaft zusteht.

Zu Zweitens – zur Erhöhung der Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft: Es muss Schluss sein mit dem Schulgeld, das bestimmte soziale Gruppen von Schulen in freier Trägerschaft fernhält. Quersubventionierungen innerhalb der Schulgemeinschaft oder vereinzelt auch Schülerstipendien sind nur bedingt umsetzbar, um eine Schule in freier Trägerschaft bei diesen derzeitigen etwa 65 Prozent öffentliche Zuwendung finanzierbar zu halten – so ist der jetzige Zustand. Die im Vergleich zu staatlichen Schulen bescheidenen Gehälter der engagierten Mitarbeitenden in Schulen in freier Trägerschaft sind ebenfalls nicht hinnehmbar. Die

Schulen in freier Trägerschaft sollen unter der Prämisse der Aufhebung des Schulgeldes auf Basis der zu ermittelnden Schülerkostensätze 100 Prozent gleichberechtigt finanziert werden. Jedes Kind soll den Weg an eine Schule in freier Trägerschaft finden können, ganz ohne finanzielle und zugleich soziale Zugangsbarriere.

Und drittens zur Abschaffung der Wartefrist für Gründungen von Schulen in freier Trägerschaft: Die Bevölkerung in Berlin wächst rasant. In vielen Stadtbezirken mangelt es bereits massiv an Grundschulplätzen – analog in wenigen Jahren abzusehen, auch an weiterführenden Schulen. Elterninitiativen, die mutig und engagiert für ihre Kinder eine Schule in freier Trägerschaft gründen wollen, sind damit konfrontiert, dass sie, je nach Schulform, die öffentlichen Zuwendungen in Berlin erst nach drei bis fünf Jahren beanspruchen können. Bis dahin sind private Eigenmittel, Spenden und Kredite, meist verbunden mit Elternbürgerschaft, die ausschließlichen Finanzierungsquellen zum Aufbau eines neuen Schulbetriebs in freier Trägerschaft. Hier ist Berlin mit Schlusslicht in Deutschland. Die Bezirke tun sich selbst schwer, Schulplätze zu schaffen. Statt die Zivilgesellschaft zu unterstützen, die gleichwertig dieser Aufgabe nachkommen kann, werden Schulgründungsinitiativen vom Land Berlin ausgebremst und benachteiligt. Die wahren Leidtragenden sind die Kinder in vielen Berliner Kiezen. Nehmen Sie sich doch mal ein Beispiel am Finanzierungsmodell für Schulgründungen in Hamburg. Hier werden wenigstens bei Nachweis eines erfolgreich aufgebauten Schulbetriebs Investitionen auch rückwirkend erstattet. Die Wartefrist für die Finanzierung von Schulgründungen in freier Trägerschaft muss schnellstmöglich aufgehoben werden. Sie dürfen als Volksvertreter/innen in Ihrer Verantwortung für das Schulwesen dem akuten Bedarf an Schulplätzen in vielfältigen Schulen nicht länger im Wege stehen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Frau Schrodts! – Herr Kaun!

André Kaun (Volksinitiative „Schule in Freiheit“): Frau Senatorin! Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Gäste! Ich möchte mich zum Punkt selbstständige Organisation ein bisschen äußern. Mein Name ist André Kaun, ich bin in Berlin-Köpenick geboren und aufgewachsen. Ich wohne in Lichtenberg, bin Diplom-Ingenieur für Automatisierungstechnik und arbeite seit 20 Jahren hier in Berlin als selbstständiger Unternehmer in der Energiebranche.

Ich bin Elternvertreter in einer 9. Klasse an einer staatlichen Integrierten Sekundarschule, dort Vorsitzender der Gesamtelternvertretung. In dieser Funktion bin ich auch Mitglied im Bezirkselfternausschuss Treptow-Köpenick. Ich habe in den letzten beiden Jahren in dieser Volksinitiative aktiv mitgearbeitet. Ich finde es sehr bedeutsam und möchte wiederholen, dass 25 000 der 29 000 Unterschriften auf der Straße gesammelt wurden. Es ist also keine Initiative von freien Trägern oder von Privatschulen, sondern sie ist auf einer sehr breiten Basis erfolgt.

Es gibt eine Menge Unzufriedenheit mit und in unseren staatlichen Schulen. Ich möchte Ihnen drei kurze Beispiele stellvertretend nennen. Wir haben als Elternvertretung im Jahr 2013 in unserer Schule eine Umfrage unter unseren 350 Schülern durchgeführt. Die Umfrage war freiwillig und anonym, die Beteiligung betrug 32 Prozent. 45 Prozent der Schüler finden den Unterricht eher uninteressant. 83 Prozent sagen, sie könnten viel schneller lernen, wenn der Unterricht anders wäre. 70 Prozent denken, dass die Mehrzahl der Lehrer von den Schülern genervt ist. 87 Prozent möchten mit den Lehrern mehr diskutieren, was an der Schule besser gemacht werden kann. Nur 50 Prozent der Schüler wünschen sich, dass dabei die Eltern helfen. Eltern haben nach meiner Beobachtung zunehmend das Gefühl, dass die ausgestellten Zensuren und Zeugnisse aufgrund der vielen Ausfall- und Vertretungsstunden nicht mehr gerecht und aussagefähig sind. Befürchtet werden Nachteile bei späteren Bewerbungen. Knapp 15 Prozent der Schüler an unserer Schule werden wahrscheinlich gar keinen Abschluss erhalten.

Aus der Schulpolitik: Wir haben ja verschiedene Gespräche mit Ihnen geführt, mit den bildungspolitischen Sprechern. Unabhängig davon, wie nach Ansicht der Einzelnen Schule überhaupt funktionieren sollte, wird immer wieder gesagt: Die Schulen könnten viel mehr machen, sie nutzen die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten nicht aus. – Die Frage ist also: Wo liegt der Schwarze Peter? Aus meiner Sicht ist diese Aussage halb wahr und halb falsch.

Zur selbstständigen Organisation: Es sieht so aus, dass Verbesserungen notwendig sind, und wir denken, dass all die staatlichen Schulen, die es wollen, Schritt für Schritt eine konsequente, weitestgehende organisatorische Selbstständigkeit erhalten sollen. Wir sind der Überzeugung, dass die genannten Beispiele und auch andere bekannte Probleme und Themen besser zu lösen sind, wenn die einzelnen staatlichen Schulen über deutlich mehr tatsächliche Selbstbestimmung und tatsächliche Selbstverantwortung verfügen. Die Entscheidung, ob die Qualifikation eines Quereinsteigers als Lehrer ausreichend ist oder nicht und ob man es mit ihm versuchen sollte oder nicht, sollte nach meiner Meinung beispielsweise vor Ort von einem Gremium der Schule entschieden werden. Für viele Schulleitungen ist es sehr anstrengend, aufwendig und uneffektiv, zusammen mit der übergeordneten Schulverwaltung bewilligte Haushaltstitel hin- und herzuschieben, bis es irgendwie passt. Jede Kleinigkeit muss beantragt werden. Erzielte Einsparungen bewirken, dass die Titel im nächsten Jahr gekürzt werden. Die staatlichen Schulen sind gegenwärtig – das muss man wirklich verstehen – nicht rechtsfähige Anstalten öffentlichen Rechts. Das bedeutet, die einzelne Schule darf im eigenen Namen keine Verträge oder Vereinbarungen mit Dritten abschließen, also auch keine Arbeitsverträge, keine Praktikumsverträge, Verträge mit Handwerkern oder Verträge mit Essensanbietern. Die staatlichen Schulen haben weder Budget- noch Personalhoheit, und beides gehört für uns an die Schulen oder an einen Zusammenschluss von Schulen. Wir haben Ihnen zwei Umsetzungsvorschläge zur selbstständigen Organisation unterbreitet.

Das Erste ist die Stärkung der Schulversuche. Mit dem Ziel, selbstständige Organisation deutlich mehr zu testen, zu erfahren und auszuprobieren, möchten wir das Recht auf Schulversuche stärken, insbesondere dann, wenn die nach § 18 Berliner Schulgesetz geregelten Schulversuche von den Gremien der Schule selbst vorgeschlagen werden. Ich möchte Ihnen zwei Beispiele nennen für Schulversuche, wie wir sie uns vorstellen: Wir könnten uns vorstellen, dass die Schulen freie Hand bei der Einstellung von Quereinsteigern haben, dass sie selber die Kriterien festlegen, welche Qualifikation Quereinsteiger haben müssen, und dass die Schule selbst entscheidet, ob sie es mit ihnen versuchen möchte oder nicht. Zweite Idee ist die Erhöhung der PKB-Mittel, also des Personalkostenbudgets, das derzeit 3 Prozent beträgt. Wir könnten uns vorstellen, es auf 10 Prozent zu erhöhen, dass die Schulen eine vollständige Budgethoheit in diesem Bereich haben und die Mittel auch für andere schulische Angelegenheiten ausgeben können – natürlich immer mit Zustimmung der Schulgremien. Wir möchten, dass entsprechende Schulversuche, wenn sie von den Schulen selbst ausgehen, nur einer Anzeigepflicht unterliegen bzw. nur in äußerst dringenden Fällen abgelehnt werden können.

Der zweite Vorschlag im Bereich der selbstständigen Organisation ist die Rechtsfähigkeit. Wenn eine staatliche Schule oder ein Schulverbund staatlicher Schulen nicht nur in einem Teilbereich etwas Neues oder Eigenes gestalten möchte, sondern die volle Gestaltungshoheit insbesondere über Personal und Budget haben möchte, möchten wir, dass diese staatlichen Schulen oder der Schulverbund eine vollständige Rechtsfähigkeit erhalten können. Wir haben Ihnen Unterlagen zur Verfügung gestellt. Es gibt dafür bereits Beispiele. So haben sich in Hessen zum 1. Januar 2014 drei Berufsschulen zur sogenannten „Rechtlich Selbstständigen Beruflichen Schule“ zusammengeschlossen. RSBS heißt die. Auch in der Wissenschaft gibt es bereits verschiedene Untersuchungen. Es gibt Tagungen zu dem Thema. „Die Schule der Zukunft zwischen Rechtsfähigkeit und staatlicher Aufsicht“ war das Thema einer Tagung aus dem Jahr 2004. Da staunt man, wie lange dieses Thema schon auf der Tagesordnung ist. An dieser Tagung war u. a. der Unterausschuss Schulrecht der Kultusministerkonferenz beteiligt. Es sind Themen, die Ihnen auch geläufig sein müssten. Vorstellbar für uns wäre die Bezeichnung „Selbstständige Berliner Schule“, SBS. Uns erscheint es sinnvoll, dass es sich um eine öffentlich-rechtliche Rechtsform und nicht um eine privatrechtliche handelt. Stichwort hier sind natürlich die Arbeitsverhältnisse und die sich derzeit daraus ergebenden Bedingungen an den Schulen. Die Finanzierung der selbstständigen Berliner Schulen könnte langfristig so erfolgen, wie wir sie als Volksinitiative für die freien Träger vorgeschlagen haben.

Lassen Sie mich zum Schluss noch drei kurze Dinge sagen! Ich denke, die staatlichen Schulen brauchen die freien Träger als Innovationsvorbild und Mutmacher. Es ist deshalb auch für die staatlichen Schulen wichtig, die freien Träger schnell und fair zu finanzieren. Ich bin sicher, dass eine gleichberechtigte sichere Finanzierung von selbstständigen staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft ohne Wartezeit die Entstehung von oft befürchteten sogenannten Restschulen verhindert. Diesen Begriff hört man immer wieder. Nach meiner Überzeugung gibt es genug Pädagogen in unserem Land, denen gerade diese Schüler am Herzen liegen und die wissen, dass auch hier enorme Talente und Potenziale vorhanden sind. Lassen Sie uns diese Potenziale nicht verschwenden! Vielen Dank! – [Beifall] –

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Kaun! – Als Letzter Herr Stüttgen. – Bitte!

Johannes Stüttgen (Volksinitiative „Schule in Freiheit“): Mein Name ist Johannes Stüttgen. Ich bin Mitbegründer der Initiative „Omnibus für direkte Demokratie“ und befasse mich schon seit langer Zeit mit der Frage des Schulwesens, auch in Bezug auf seine Freiheit. Meine Tätigkeit kommt aus dem erweiterten Kunstbegriff, womit ich zum Ausdruck bringen will, dass die Sache eben eine Gestaltungsfrage ist und diese Gestaltung in diesem Falle zweimal eine Initiative von unten ist. Die Initiative „Schule in Freiheit“ ist eine, die aus der Basis entwickelt worden ist. Dasselbe gilt dann auch für die Idee der Freiheit des Schulwesens ganz generell.

Ich möchte mit einem Gesichtspunkt beginnen, ausgehend von so etwas wie einer vermuteten Verfassung der Eltern, die ja für ihre Kinder das Beste wollen und in der Regel, wenn sie das Beste im Auge haben, vor allen Dingen die Sicherheit im Auge haben und insofern schon einen natürlichen Anspruch an den Staat stellen, diese Sicherheit auch zu garantieren. Nun ist diese Sache ja sehr verständlich, aber sie kollidiert sehr schnell mit der Kreativität und der Vielfalt der einzelnen Menschen und ihrer Freiheit, die sie in Verantwortung tragen müssen. Diese Kollision führt dazu, dass viele Menschen mit der Sicherheit ihrer Kinder eine äußere Sicherheit im Auge haben, die durch das System garantiert sein soll, auch im Sinne der Gerechtigkeit. Da ist die Rede von Chancengleichheit. Die Chancengleichheit führt notwendigerweise zur Vergleichbarkeit, die Vergleichbarkeit führt sehr schnell zur Standardisierung, die Standardisierung führt zur Reglementierung, die Reglementierung führt schließlich zur Zentralisierung und die Zentralisierung zu nichts anderem als zur Gleichmacherei. Lassen Sie mich das einfach nur mal so ganz grob charakterisieren!

Das Ganze basiert dann auf der Notwendigkeit, die Dinge vergleichbar zu messen, also praktisch zu Messdaten zu machen. Das meinte ich mit äußerer Sicherheit. Dahinter steckt aber systembedingt eine Tendenz zur Unfreiheit. Das ist ganz logisch in sich selber, und das führt zum Verlust von Kreativität und ist etwas ganz Fatales, nämlich eine Bremse für die innere Sicherheit. Ich glaube, die innere Sicherheit des Menschen, seine Ich-Verantwortungsfähigkeit, seine Ichheit, ist das Ziel, das wir in Zukunft mehr im Auge haben müssen. Man kann fast sagen: Je mehr äußere Sicherheit, desto mehr verkümmert die innere Sicherheit. Unsere Initiative läuft darauf hinaus, die Sache umzukehren, damit der einzelne Mensch in seiner Verantwortungsfähigkeit zu einer inneren Sicherheit führt, die den Staat selber ein bisschen von überflüssiger Arbeit befreit. Lassen Sie es mich einmal so sagen: Dahinter steckt auch ein Missverständnis von Gerechtigkeit. Diese Reglementierung, diese Vergleichbarkeits-sucht, diese Idee von Gerechtigkeit, die dahintersteckt, ist eben eine äußere. Ich glaube, wir müssen jetzt die Gerechtigkeit mehr nach innen hin richten. Wie sieht die aus? – Die beginnt mit der Frage: Was bringen die Schüler mit? Wie werde ich jedem Schüler, und zwar jedem einzelnen Schüler, jeweils gerecht? Also da taucht die Gerechtigkeit als ein innerer Faktor auf. Das heißt, es zielt auf die Ichwerdung, auf die Individualität, und sie ist das einzige Kapital, auf das wir in Zukunft setzen können. Wir dürfen nicht mehr so sehr auf äußere Schutzmaßnahmen vertrauen, die deswegen nicht überflüssig sind, aber sie sollten nicht den Schwerpunkt bilden.

Diese innere Sicherheit führt zur Freiheit, und die Freiheit ist nicht zu verwechseln mit Beliebigkeit. Sie hat sehr viel zu tun mit Vielfalt, das stimmt. Aber diese Freiheit ist im Sinne von Selbstbewusstsein und Verantwortlichkeit die eigentliche Garantie, über die wir letztendlich verfügen. Sie ist das wirkliche Kapital. Das Ziel unserer Initiative ist eben die Steigerung des

Potenzials des Menschen, die Steigerung der Kreativität und der Fähigkeiten, und diese Dinge haben wir im Auge als eine positive Stoßrichtung.

Zum Schluss noch ein Hinweis auf die Rolle des Staates, die ja hier nicht wegdiskutiert werden soll. Wir wenden uns deswegen auch an Sie als Vertreter des Staates. Die Rolle des Staates würde ich folgendermaßen charakterisieren: Der Staat erfüllt seine Pflicht gerade nicht durch inhaltliche und formale Einflussnahmen, sondern der Staat erfüllt seine Pflicht, indem er die Selbstverwaltung und die Freiheit der Initiativen garantiert, durch gleichberechtigte Finanzierung z. B., indem er diese Freiheit und Selbstverwaltung schützt und dafür sorgt, dass sie auch möglich wird, ohne sich in inhaltliche Dinge einzumischen. Das wäre dann der Punkt 1 unserer Initiative. Die gleichberechtigte Finanzierung ist in der Tat ein sehr wichtiger Gesichtspunkt für das demokratische Prinzip der Gleichberechtigung, die sich in Geld ausdrückt, aber die Verfügung über das Geld hat etwas zu tun mit der Selbstverwaltung, mit der Verantwortlichkeit der Jeweiligen, die die Arbeit tun und deswegen auch selber entscheiden müssen, und zwar viel umfangreicher als bisher. Das Dritte ist die selbstverwaltete Organisation, zu der wir schon etwas gesagt haben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! – [Beifall] –

Vorsitzende Renate Harant: Keine Beifallskundgebung, bitte! – Ich bedanke mich sehr für Ihre Ausführungen und möchte nur darauf hinweisen: Wir sind in erster Linie Vertreter der Bürger und nicht des Staates. Wir sind gewählte Abgeordnete. – [Johannes Stüttgen (Volksinitiative „Schule in Freiheit“): Danke schön! Danke für die Belehrung!] – Ich denke, das ist wichtig in unserer Diskussion. Jetzt haben die Abgeordneten aus den Fraktionen das Wort. Ich habe auf der Redeliste schon Herrn Delius, Herrn Özışık, Herrn Buchner, Frau Bentele, Frau Remlinger, Frau Kittler. Herr? – [Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Dr. Altug!] – Entschuldigung, Herr Dr. Altug! Sie sind ja nicht immer da. – [Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Ich bin Mitglied dieses Ausschusses, Frau Vorsitzende!] – Es sollte dann natürlich auch wieder eine Antwortrunde von Ihnen erfolgen. – Herr Delius, bitte! Wenn wir uns kurz fassen würden, könnten wir uns mehr austauschen.

Martin Delius (PIRATEN): Ich werde es versuchen, Frau Vorsitzende, vielen Dank! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! Das war auch in der Form für uns ungewöhnlich, wie Sie das hier vorgetragen haben, aber sehr gut. Dafür bedanke ich mich. Wir haben inzwischen die zweite erfolgreiche Volksinitiative mit dieser Überschrift und diesem Thema, und das sollte uns – tut es wahrscheinlich auch – zu denken geben. Ich interpretiere das so, dass die Stoßrichtung für die nächsten Jahre, möglicherweise Jahrzehnte in der Berliner Bildungspolitik eigentlich klar ist. Wenn man sich einzelne kleine Schritte auch des Senats anguckt bezüglich z. B. dieser sogenannten Brennpunktschulbudgets und der freien Verwendung von bestimmten Mitteln im Haushalt, dann weiß man auch, dass das wahrscheinlich alle politischen Kräfte im Land ähnlich sehen, auch wenn sie es vielleicht noch nicht erkannt haben: Wir brauchen mehr Selbstständigkeit an den Schulen. Viele der Forderungen, die Sie in Ihrer Volksinitiative haben, haben wir – das wird Sie vielleicht überraschen – als Piratenpartei auch im Wahlprogramm stehen. Wir haben so was. Wir unterstützen die erste Volksinitiative schon seit längerem, wir haben natürlich auch die zweite unterstützt, und ich habe mich jedes Mal gefreut, wenn ich irgendwo auf der Wiese gesessen habe oder auch während des Bundestagswahlkampfes, wenn Leute zu mir kamen und Unterschriften oder Flyer und Ähnliches tauschen wollten. – Vielleicht machen wir noch eine zweite Runde, dann würde ich noch etwas zu einzelnen Kritikpunkten sagen, aber vorher würde ich gern ein paar Fragen an die Anzuhörenden

stellen. Sie sind ja auch genau dafür hier, um uns Fragen zu beantworten, damit wir dann vielleicht noch etwas lernen.

Der erste Punkt ist: Sie reden in Ihrer Volksinitiative von weiterführenden Schulen. Das hat mich aufhorchen lassen. Daher stelle ich die Frage: Wie stehen Sie zur und welche Ideen haben Sie für die Gemeinschaftsschule und zur Selektion nach Schulformen? Wo setzen Sie an, um diese Art von Selektion – Sie haben ganz viel über die finanziellen Probleme geredet, ich teile auch ausdrücklich, was da in der Volksinitiative steht – aufgrund von sozialer Herkunft, aufgrund von nicht sinnvollen Kriterien – so möchte ich es jetzt mal nennen – zu verhindern?

Das Zweite ist: Wie stellen Sie sich die Organisation von Klasse vor? Soll es so was überhaupt noch geben? Das kann man sich vorstellen. Es gibt ja sowieso auch Kurssysteme an weiterführenden Schulen. Wenn ja, wie sollten die am besten organisiert sein? Oder vielleicht sollte es da gar keine Vorgaben geben. Ich denke da an Lernbüros, an Projekteinrichtungen und Ähnliches.

Das Nächste ist: Sie sprechen sehr viel über Autonomie und sehr viel darüber – das war ein sehr schöner Vortrag von Herrn Kaun, das teile ich auch –, wie sich Schule organisieren kann, um handlungsfähiger zu werden. Welchen Rahmen können wir Schule oder einzelnen Schulen geben, damit auch eine rechtssichere eigene Entscheidungsbasis geschaffen werden kann? Was ich in dem Text der Volksinitiative ein bisschen vermisse, ist – dazu kann vielleicht auch Herr Stüttgen etwas sagen – die Frage der Demokratisierung von Schulen. Für uns ist ganz klar: Wir wollen eine größere Schulautonomie sowohl bei den staatlichen als auch bei den freien Trägern, die ja organisatorisch relativ autonom, aber leider finanziell stark gebunden sind, aber wir wollen das nicht ohne eine intensive Demokratisierung der Schulkultur und möglicherweise auch – das muss man sehen – mehr Gremien, weniger Gremien, den richtigen Gremien oder vielleicht gar keinen Gremien mehr, sondern anderen Organisationsformen innerhalb der Schuldemokratie.

Mich interessiert auch – das können Sie vielleicht noch mal erklären –: Ich kann mir viele Alternativen zu Schulabschlüssen vorstellen. Das ist aber organisatorisch schwer zu regeln, insbesondere weil wir hier in Berlin ja nicht allein sind, und der Rest der Welt ist egal. Wir als Berliner Volksvertreter müssen wir zuallererst gucken, dass unsere Schülerinnen und Schüler woanders auch noch ankommen bzw. Kinder und Jugendliche, die hierher wechseln, damit klarkommen. Ich habe sehr viele Sympathien für alternative Schulabschlüsse, parallele Schulabschlüsse. Ich frage nur: Was genau können Sie sich vorstellen? Haben Sie Beispiele, die Sie uns mitgebracht haben, über die wir hier diskutieren können, die Sie uns vielleicht noch vortragen möchten?

Ein großes Problem habe ich mit der Forderung – wenn es nur ganz einfach vorgetragen wird, darüber kann man auch diskutieren – nach der Erleichterung des Quereinstiegs. Es ist mir klar – ich bin sozialisiert im ehemaligen Osten der geteilten Republik, mir ist so was wie polytechnischer Unterricht ein Begriff –, dass es eine große Bereicherung sein kann, verschiedene Berufsformen in die Schule zu holen und auch direkt in den Schulbetrieb einzuordnen. Aber bei der gegenwärtigen Situation ist für mich der Begriff „Quereinsteiger“ eher ein Sinnbild für nicht ausreichend qualifiziertes pädagogisches Personal – leider! Ich möchte da auch gern ein Umdenken und eine andere Situation haben, aber im Moment ist es tatsächlich so: Das sind Menschen, die wir brauchen, sonst funktioniert Schule nicht, aber wir können sie auch

schlecht als vollständig qualifiziert im pädagogisch-didaktischen Sinn bezeichnen. Auch da hätte ich gern noch mal eine Differenzierung, wie Sie sich das vorstellen, ob das den Lehrer/die Lehrerin, den Erzieher/die Erzieherin, die Sozialpädagogin/den Sozialpädagogen ersetzen oder ein Zusatz für die Organisation der Schule sein soll.

Eine piratentypische Frage habe ich noch: Wenn es um Freiheit der Schule geht, geht es ja meiner Meinung nach auch um die Freiheit der Schule von Orten. Was mir da als Pirat sofort einfällt, ist das Internet und Lernformen über das Internet. An Universitäten macht man da regelmäßig Versuche, auch Onlineexperimente, das ist alles ganz spannend. Können Sie da Konzepte vorweisen, Ideen, die Sie haben, wie man so was organisieren kann, vielleicht auch im Bereich von kleineren Initiativen, die sich dann vernetzen? – Das wäre der letzte Teil. Danke schön!

Vorsitzende Renate Harant: Jetzt hat Herr Özışık das Wort.

İlkin Özışık (SPD): Ich danke Ihnen sehr für Ihre Beiträge und ich möchte auch gleich Fragen stellen. Fangen wir mit den Abschlüssen an: Wir haben ja heutzutage ganz viele Abschlüsse, und dazu gibt es auch die Übergänge. Wenn man z. B. den MSA erlangt hat, dann geht es ja weiter, dann habe ich ganz viele Weiterbildungsmöglichkeiten. Dann brauche ich ja auch eine Zugangsberechtigung für die Hochschule. Die erste Frage wäre: Wenn es keine Abschlüsse mehr gibt – es sind ja dann zu 100 Prozent keine Abschlüsse mehr da, in Berlin hat dann keiner mehr einen Abschluss –, wie soll es dann weitergehen? Was ist, wenn ich in andere Bundesländer, in andere Staaten innerhalb Europas oder weltweit gehe? Wie wollen Sie unsere Kinder dann losschicken?

Die nächste Frage bezieht sich auf unsere Lehrkräfte. Wer entscheidet in Zukunft, was Lehrkräfte können müssen? Wie werden die ausgebildet? Wer definiert das? Gibt es dahingehend Kriterien? Wie entscheiden Schulen, welche Lehrer sie bekommen? Wer bezahlt die Lehrer? Geben wir das auch frei? Darf jeder bezahlen, wie er will? Wird nach Leistung bezahlt? Wie soll man sich die Finanzierung von Lehrern in Zukunft vorstellen? Ich denke, das ist auch sehr interessant für die Lehrkräfte. Herr Delius hat auch gefragt: Wer darf dann als Lehrkraft arbeiten? Da liegt ja auch eine Verantwortung für unsere Kinder.

Die nächste wichtige Frage ist: Wer darf in Zukunft eine Schule gründen? Wenn ich an die Situation denke, dass bestimmte Gruppierungen und Sekten in Berlin in Zukunft vielleicht auch Schulen gründen dürfen und vielleicht auch Kinder und Familien ansprechen, die nicht sofort enttarnen können, was da passiert, dann habe ich Angst davor. Ich habe drei Kinder. Ich nehme Sie mal alle mit in die Zukunft: Ich stehe dann vor einer der 800 freigegebenen Schulen und muss mich für eine Schule entscheiden. Wie soll mir das später gelingen, wenn ich als Vater, wenn wir als Eltern in Berlin die richtige Schule für unsere Kinder suchen? Ich stelle mir das sehr schwierig vor. Ich finde auch, dass wir dann überfordert sein könnten, die richtige Schule für unsere Kinder zu finden.

Können Sie noch mal darstellen, was die komplette Abschaffung von sämtlichen Qualitätskriterien und -standards bedeutet? Das würde ich gern von Ihnen hören. Was verursachen wir da eigentlich? Oder haben Sie den Wunsch, bestimmte Standards später doch zu installieren? Ansonsten kann da wirklich ganz viel Chaos entstehen.

Dann habe ich noch eine Angst. Heute, wird ja gesagt, ist vieles vom Geldbeutel abhängig. Aber kann es dann vielleicht auch eintreten, dass bei dieser Vielfalt, bei dieser Freiheit andere Abhängigkeiten entstehen? Ist das bedacht worden? – Das war's. Vielen Dank!

Vorsitzende Renate Harant: Herr Buchner, bitte!

Dennis Buchner (SPD): Danke, Frau Vorsitzende! – Liebe Anzuhörende! Auch von meiner Seite herzlichen Dank für die Diskussionsbeiträge, die ich mir in vielem auch nicht zu eigen mache, aber das haben Diskussionsbeiträge so an sich. Mich hat es jedenfalls gefreut, dass wir auf diese Art und Weise hier in den Austausch kommen, und ich habe auch – ein kleiner Seitenhieb auf die Grünen – immerhin abgewartet, bis die Anhörung gelaufen ist. Bei den Grünen ist die Pressemitteilung, was hier passieren würde, ja schon wieder eine Viertelstunde vorher rausgegangen. Merkwürdig!

Jetzt aber vier ganz konkrete Fragen, die sich in Teilen mit denen des Kollegen Özışık überschneiden könnten: Die erste Frage geht bei mir auch in Richtung Qualitätskontrolle und Qualitätsmanagement. Wie können Sie sich so was schon für freie Schulen in privater Trägerschaft vorstellen, oder lehnen Sie es komplett ab?

Die zweite Frage: Wie sollen Zulassungskriterien aussehen? Wir haben jetzt von Ihnen erfahren, dass Sie keine Wartezeiten und Vollfinanzierung möchten und dass alle Träger zugelassen sein müssten. Der Kollege sprach es gerade schon an: Sehen Sie auch die Gefahr, dass möglicherweise Träger dazukommen könnten, die man nicht mit gutem Gewissen auf Schülerinnen und Schüler in Berlin loslassen sollte wie Sekten z. B. oder Sekten, die sich Kirchen nennen? Ich meine Scientology ganz konkret an der Stelle.

Drittens: Für den Fall der Fälle, dass Ihre politische Forderung nach 100 Prozent Finanzierung von Schulen in privater Trägerschaft und freien Schulen umgesetzt werden würde, wie stehen Sie dazu, dann zu verbieten, Schulgeld zu erheben?

Und die vierte Frage: Wenn man sich heute die Schülerschaft an freien Schulen ansieht, dann ist sie wesentlich homogener als im staatlichen Schulsystem von der Zusammensetzung her. Welche Maßnahmen können Sie sich vorstellen – das ist bei Ihnen nur ganz kurz angeklungen –, die dazu führen, eine heterogenere Schülerschaft herzustellen, also mehr Verschiedenheit in die freien Schulen zu bekommen?

Eine fünfte Frage: Wie sollen Ihre Schulen verfahren, wenn sie mit Übernachfrage konfrontiert werden? Sie wissen, dass es an vielen staatlichen Schulen im Moment ein Problem ist, dass zu wenige Plätze zur Verfügung stehen. Was würden Sie Ihren eigenen Schulen empfehlen, um mit diesem Problem von übermäßiger Nachfrage umgehen? Wie werden dann bei Ihnen die Schülerinnen und Schüler, die einen Schulplatz bekommen, ausgewählt?

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Buchner! – Als Nächste ist Frau Kittler an der Reihe.

Regina Kittler (LINKE): Danke schön! – Ich möchte erst mal sagen, dass ich es sehr gut finde, dass wir uns heute mit der Volksinitiative und vor allem den Inhalten der Volksinitiative beschäftigen. Ich finde dieses Instrument insgesamt sehr gut, weil es für uns auch den Kontakt zu denen herstellt, die uns mehr oder weniger gewählt haben, aber auch entsprechende Erwartungen an uns stellen und von uns auch erwarten, dass wir solche Meinungen, vor allem, wenn sehr viele sie haben, aufnehmen und darüber diskutieren – auch wenn wir nicht immer unbedingt einer Meinung sind. Insofern begrüße ich diesen Zugewinn an Demokratie. Ich möchte prinzipiell sagen, dass wir auch der Meinung sind, dass die Schule sich verändern muss, dass sie den gegenwärtigen Anforderungen nicht gerecht wird. Die Frage ist, wie, und da können wir durchaus unterschiedlicher Meinung sein. Dazu habe ich auch Fragen.

Ich würde gern die Frage an alle richten: Wie wollen Sie soziale Auslese verhindern? Es ist sicherlich so, dass ein großer Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler, die an freien Schulen sind, besonders deshalb da ist, weil ihre Eltern sehr bildungsinteressiert sind und sich eben gerade einen solchen individuelleren Weg für ihre Kinder wünschen und die auch besonders unterstützen. Wie wollen Sie an die anderen Eltern herankommen, die genau diese Intention nicht verfolgen? Wie wollen Sie also verstärkt auch Kinder, die durchaus sozial gefährdet sind, in Ihre Schulen bekommen? Das mache ich jetzt nicht nur am Schulgeld fest, sondern ich möchte Sie fragen, ob Sie diesen generellen Anspruch haben.

Was halten Sie davon, dass wir gerade in den Grundschulen dem Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“ folgen wollen, also was halten Sie von einer wohnortnahen Zuweisung? Was halten Sie überhaupt davon, dass Sie dann auch nicht mehr aussuchen könnten, wenn Sie diese Finanzierung fordern, wenn Sie an Ihrer Schule haben wollen? Oder haben Sie sowieso diesen Anspruch nicht?

Die Frage, die Herr Delius gestellt hat, möchte ich bekräftigen: Sehen Sie nicht auch in der Gemeinschaftsschule eine Möglichkeit, dass wir die vorhandenen Rahmenbedingungen, wie wir sie im Schulgesetz nach § 8 haben, doch in sehr großem Maße ausnutzen könnten?

Zu den Schulabschlüssen: Wie stellen Sie sich hier zu den Anforderungen, die wir der KMK gegenüber erfüllen müssen? Wie sehen Sie hier das europäische Recht verankert? Wir haben die Bologna-Beschlüsse. Wie, denken Sie, können wir mit dem, was Sie jetzt hier dargestellt

haben, diese erfüllen? Oder ist Ihr Anspruch dann gleich weitergehend? – Sie nicken schon. Das würde mich interessieren, denn wir können hier ja keine Insellösung produzieren – das ist jedenfalls meine Meinung –, sondern wenn, dann müssten wir eine Systemlösung darüber hinaus haben. Berlin allein wird das sicherlich so nicht machen können. Zu den Schulabschlüssen wäre außerdem noch zu überlegen: Ist nicht sowieso in Zukunft eine Individualisierung der Schulabschlüsse notwendig? Wie sehen Sie das im Zusammenhang mit der inklusiven Schule?

Die Fragen, die ich noch konkret an Einzelne hätte: Erst mal möchte ich den Schüler von der Evangelischen Schule Berlin Zentrum unterstützen, denn im Prinzip haben Sie genau das gesagt. Die Schule muss sich verändern, sie muss also unterschiedliche Angebote für sehr unterschiedliche kleine und große Menschen haben. Insofern kann ich Ihnen sofort zustimmen. Aber die Frage ist natürlich: Wie kann ich das realisieren? – Herrn Kaun! Sie sind Unternehmer, und ich frage Sie jetzt mal ganz konkret: Welche Anforderungen stellen Sie an Schülerinnen und Schüler, die aus den Schulen kommen und bei Ihnen eine Ausbildung machen? Wie wollen Sie das gewährleisten, wenn Sie jeder Schule überlassen wollen, welche Themen sie in welcher Intensität bearbeitet? Vielleicht können Sie das mal aus Ihrer Sicht darstellen. Oder wollen Sie dann eine Kooperation mit einer Schule anstreben? Welche Schulabschlüsse könnten Sie sich vorstellen mit welcher Qualifikation, damit die bei Ihnen eine Ausbildung machen können?

Über die Frage der Rechtsfähigkeit, die Sie hier ansprechen, müssen wir zukünftig diskutieren. Was können Schulen selbst entscheiden? Was aber – das kann man auch positiv sehen – kann die Schulverwaltung auch den Schulen abnehmen? Die Frage ist, wie kompliziert ich Sachen mache, die man viel einfacher haben könnte mit einem einfachen Anruf, ehe man drei Anträge stellen muss. Da haben Sie schon recht. – Das wären meine Fragen.

Vorsitzende Renate Harant: Jetzt hat Frau Bentele das Wort. Ich möchte nur noch mal darauf hinweisen: Wir schaffen es wirklich, dass wir als Abgeordnete länger sprechen als die Anzuhörenden. Vielleicht können Sie die Fragen ein bisschen straffen.

Hildegard Bentele (CDU): Ich mache das auch ganz straff. Ich war vor drei Jahren noch nicht dabei bei der ersten Initiative und freue mich deshalb, jetzt über die neue Initiative mit Ihnen zu tun zu haben. Wir haben im Vorfeld ja auch schon Gespräche geführt. Ich stelle auch gleich ganz konkret meine Fragen und gebe keine Statements ab. Mich interessiert: Wie würde diese neue selbstbestimmte Schule personell ausgestattet sein im Vergleich zur jetzigen? Wir reden ja jetzt über Verwaltungsleiter, die wir einsetzen wollen, wir reden gerade auch im Bonusprogramm darüber, dass Schulen bis zu 100 000 Euro verwalten können sollen. Es gibt ja schon Tendenzen, mehr Aufgaben zu übertragen. Aber wie müsste aus Ihrer Sicht so eine Schule, die selbstständig agiert, personell ausgestattet und aufgestellt sein?

Zweiter Punkt – das geht auch in Richtung Qualitätskontrolle –: Sie lehnen sie in Ihren Vorschlägen konsequent ab. Sie wollen ein selbstgewähltes Verfahren zur Qualitätsüberprüfung. Da frage ich mich: Weshalb keine Kontrolle durch neutrale Dritte? Sie wehren sich auch dagegen, dass festgelegt werden soll, dass bestimmte Inhalte vermittelt werden. Es ist ja nicht so, dass die Inhalte im freien Raum entstehen, sondern wir möchten ja, dass die Schüler in ihrer Schulzeit zu mündigen Staatsbürgern ausgebildet werden und Grundlagen in der Allgemeinbildung bekommen. Es sind ja keine beliebigen Inhalte, die wir hier festlegen, sondern

die haben ja ein ganz bestimmtes Ziel. Ich denke auch, eine Schule sollte nicht so sein, dass man nicht immer noch dazulernen kann. Das, was Sie, Herr Schmalwasser beschrieben haben, dass Ihnen untersagt wurde weiterzulernen – also Sie wollten mehr lernen und durften nicht –, finde ich wirklich katastrophal. Ich denke auch, Prüfungen sind nicht der Kern des Lernens, sondern Begleiterscheinungen, die man mitnimmt. So verstehe ich Schule, und so sollte es auch sein. Bei diesen alternativen Schulabschlüssen würde mich auch interessieren: Welche Reaktionen bekommen Sie? Wie reagieren die Eltern und die Arbeitgeber auf so einen Vorschlag? Wir kriegen eher die Reaktion: Wir brauchen mehr Vergleichbarkeit, wir brauchen bessere Standards –, also genau das Entgegengesetzte von dem, was Sie jetzt vorschlagen.

Dann würde mich noch etwas zur Initiative selbst interessieren. Ich nehme an, Sie haben damit aufgehört, Unterschriften zu sammeln, als Sie ein bestimmtes Quorum erreicht hatten. Aber sind es mehr oder weniger die gleichen Leute, die jetzt wieder unterschrieben haben, oder sind das jetzt neue Leute?

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Frau Bentele! – Frau Remlinger!

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich versuche, mich kurz zu fassen, auch wenn ich zugebe, dass das in der Regel nicht meine Stärke ist. Ich möchte mich sehr bedanken, dass Sie hier sind. Ich glaube, dass der Dank auch deshalb wichtig ist, weil es genau zum richtigen Zeitpunkt kommt, denn wir haben keine sehr guten Zeiten für mehr Freiheit für Berliner Schulen. Ich glaube, Sie haben auch ein bisschen herausgehört, woran das liegen kann, nämlich daran, dass die Zahl der freien Schulen zugenommen hat und die Angst zunehmender sozialer Segregation uns alle umtreibt. Gerade deshalb bin ich sehr dankbar, dass Sie explizit den Ansatz hochhalten, alle beschulen und kein Schulgeld nehmen zu wollen. Ich glaube, dass Sie genau die richtigen Fragen stellen und dass trotzdem alles noch im Detail diskussionswürdig wäre. Ich möchte mich heute aber nicht an den Details abarbeiten, sondern den Fragen der Kollegen nur eine andere Ebene hinzufügen. Sie haben gehört, es gibt viel Angst. Ich war schon öfter an der Evangelischen Schule Berlin Zentrum und habe mir immer gewünscht, ich würde mal so eine Mutkarte von Ihnen kriegen. Sie haben mir selber als Bildungspolitikerin unglaublich viel Mut gegeben, weil ich gesehen habe, dass es gehen kann, dass Menschen, die mehr von Pädagogik verstehen als ich, das, was man im Hinblick auf individuellere Förderung, auf die Vielfalt und Begabtheit der Kinder vertritt, tatsächlich umsetzen können. Auf der Ebene möchte ich Sie nur fragen: Können Sie sich vorstellen, dass wir jenseits solcher punktueller Begegnungen wie heute in einen systematischeren bildungspolitischen Dialog miteinander treten über die Grenzen der Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft hinweg? Inwieweit fühlen Sie sich in einer gemeinsamen Berliner Bildungslandschaft befindlich, und an welchen Stellen könnten Sie sich Mitarbeit, sei es in Gremien oder in neu eröffneten Formaten, vorstellen, wo Sie uns dann in der Vorstellungskraft unterstützen, wie ein anderer Abschluss aussehen kann, der z. B. die Paradoxie aufhebt, dass man individuell in unterschiedlichen Geschwindigkeiten lernt, aber dann alle gleichzeitig denselben Abschluss und dieselbe Prüfung machen sollen. Ich bin ein bisschen von Hannah Arendt geprägt, und der Mangel an Vorstellungsvermögen treibt mich als Thema um. – Das sind meine Fragen. Die Kollegen haben ja schon sehr konkret an jeder Stelle gefragt: Wie kann das gehen? Wie können wir das steuern? Sie haben die richtigen Fragen gestellt, genauso wie Sie die richtigen Diskussionsimpulse geliefert haben, für die ich mich noch mal herzlich bedanken möchte.

Vorsitzende Renate Harant: Dann hat als Letzter Herr Dr. Altug das Wort.

Dr. Turgut Altug (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich bin neu im Ausschuss, das wollte ich vorab gesagt haben. Vielen Dank an Sie, liebe Anzuhörende! Ich würde mich gern darüber informieren: Wie weit hat man die Initiativen, Vereine, Organisationen und Verbände von Menschen, die einen sogenannten Migrationshintergrund haben, in Ihre Initiative einbezogen? Bekanntlich hat ein großer Anteil der Kinder und Jugendlichen in den Schulen in Berlin, 40 bis 60 Prozent, diesen Hintergrund, und es wäre wichtig, dass man diesen Teil der Bevölkerung auch einbezieht. – Danke!

Vorsitzende Renate Harant: Dann würde ich jetzt die Anzuhörenden bitten, die vielen Fragen, die aufgeworfen wurden, zu beantworten. Jeder Einzelne muss nicht alle Fragen beantworten, sondern nehmen Sie die, die an Sie gerichtet worden sind, sodass sich das ein bisschen verteilt! Wer möchte anfangen? – Herr Kaun, bitte!

André Kaun (Volksinitiative „Schule in Freiheit“): Ich würde es gern so machen, wie Sie es gerade vorgeschlagen haben und auf einen Teil der Fragen antworten. Ich fange vielleicht doch mal von vorne an mit Herrn Delius. Unsere Initiative hat sich nicht mit einem speziellen pädagogischen Konzept beschäftigt. Die Frage, ob wir für Gemeinschaftsschulen sind oder nicht, ist nicht Gegenstand unserer Initiative. Wir haben das Interesse, dass die Schulen selbstständig arbeiten und die Inhalte Ihrer Arbeit auch selbst bestimmen. Ob sie Schule so machen wollen oder so, ist egal, solange es auf der Basis des Berliner Schulgesetzes erfolgt. Wir haben uns immer sehr auf § 1 und § 3 konzentriert. Da steht nach unserer Auffassung alles drin, was eine Schule erfüllen muss. Ob sie es jetzt so macht oder so, ist nicht Gegenstand unserer Volksinitiative. Wir haben also nicht über einzelne pädagogische Konzepte gesprochen.

Demokratisierung war ein Stichwort von Ihnen. Da muss ich sagen: Ich kann bei den staatlichen Schulen beobachten, dass dort die Schulgremien oft nicht funktionieren. Manche Gesamtlehrerkonferenzen – nennen die sich, glaube ich, die bezeichnen sich dann selber auch als Gesamtkonferenz – denken, sie sind das höchste Gremium der Schule. Die Schulkonferenz ist das höchste Gremium der Schule, und in der Schulkonferenz sitzen Schüler, Eltern und Lehrer paritätisch. Da muss sich einiges entwickeln.

Zu den Abschlüssen müssen sich auch mal Folgendes klarmachen: 15 Prozent der Schüler haben jetzt schon gar keinen Abschluss. Wir reden jetzt darüber: Wie kann ein alternativer Schulabschluss inhaltlich aussehen? Für diese 15 Prozent müsste man sich überhaupt mal Gedanken machen, wie man deren Leistungen, die unzweifelhaft vorhanden sind, darstellt. – [İlkin Özişik (SPD): 100 Prozent haben dann keinen Abschluss!] –

Ich möchte auf die Frage antworten, wie ich mir als Unternehmer einen Abschluss vorstelle. Sie haben mich ja direkt angesprochen. Dazu war am letzten Wochenende auch an der Evangelischen Schule Zentrum eine Veranstaltung, ein Workshop. Da kommen sehr viele Ideen, da sind auch sehr viele engagierte Eltern, da wird sehr viel von Portfolio gesprochen usw. Die Schüler, die daran beteiligt waren, haben z. T. gesagt, sie können den Begriff „Portfolio“ schon nicht mehr hören. Das fand ich interessant. Man muss, glaube ich, bei dieser Frage darauf achten, dass man auch die Schüler mit einbezieht und nicht nur engagierte Eltern und Pädagogen sich etwas ausdenken. Ich persönlich kann sagen – ich bin aber nicht sicher, ob ich als Unternehmer repräsentativ bin in dieser Frage –, mir würde von einem Schüler ein aus-

führlicher, persönlich geschriebener schulischer Lebenslauf ausreichen. Ich möchte gern wissen, wie er sich selber beurteilt und was er gemacht hat. Ich möchte, dass das selbst verfasst ist. Dann würde ich mich als Unternehmer eine Stunde mit ihm unterhalten, quasi ein Bewerbungsgespräch machen und anschließend in der Probezeit von drei oder sechs Monaten feststellen, ob er geeignet ist oder nicht.

Bei der personellen Ausstattung ist es ganz klar: Hier muss natürlich Verwaltung an die Schule, wenn man über eine selbstständige Berliner Schule nachdenkt. Wir haben ja jetzt die Situation bei uns an der Schule mit 350 Kindern: Da gibt es einen Schulleiter, da gibt es eine stellvertretende Schulleiterin, die sind erst mal beide Pädagogen und nicht Kaufleute. Dann gibt es noch 1,5 Sekretärinnen. Wenn Sie 900 Schüler haben, haben Sie 2,3 Sekretärinnen, wie auch immer die dann aussehen. Das ist natürlich deutlich zu wenig. Wir haben mit Schulleitern von staatlichen Schulen gesprochen, und es ist doch ganz klar: Wenn Sie eine Schule mit 900 Kindern haben, dann hängen noch mal fast 2 000 Eltern daran. Also Sie haben da als Schulleiter letztendlich – es müssen nicht 3 000 sein – vielleicht mit 2 000 Leuten zu tun, und dann stehen Sie allein da mit einer Sekretärin. So was ist schon fast ein kleines mittelständisches Unternehmen. Das bedeutet: An die Schulen muss natürlich Verwaltung. Noch mal zur Rolle der staatlichen Schulverwaltung: Wir wollen, dass die Verwaltung an die Schulen kommt und dass sich der Staat oder die staatliche Verwaltung auf die Kontrolle beschränkt, also auf die Stärkung der Schulaufsicht. Wir möchten, dass die Schulaufsicht diesen gesamten Prozess kontrolliert. – Vielleicht erst mal so weit.

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Kaun! – Frau Schrodts, bitte!

Monika Schrodts (Volksinitiative „Schule in Freiheit“): Herr Altug! Sie fragten gerade, ob wir auch Kontakt zur Migrationscommunity in Berlin hatten. Sie können es hier hinten auf dem Konzept sehen: Z. B. die Bürgerplattform Wedding unterstützt die Initiative, und auch in Kreuzberg und Neukölln hatten wir zu vielen Initiativen und Elternvertretern mit Migrationshintergrund Kontakt, das auf jeden Fall. Es gibt auch bereits Schulen in Berlin, die von der Migrationscommunity auf den Weg gebracht wurden, z. B. in Spandau.

Dann kam mehrfach die Frage: Wie kriegen wir es hin, dass diese Homogenität auch in freien Schulen abgebaut wird? – Die Schule muss dahin, wo die Vielfalt lebt in den Kiezen, in die sogenannten sozialen Brennpunkte. Da kann die Politik die Bezirke mit unterstützen, dass da Räumlichkeiten gefunden werden. Die beiden Initiativen im Wedding, „Quinoa“, und „Bürgerplattform Wedding/Moabit“, die die Bürgerschule gründen, tun sich sehr schwer, diese Räumlichkeiten zu finden, die auch für einen Schulbetrieb zugelassen sind. Wenn man das schafft, dann wird sich das im Lauf der Jahre da auch entwickeln.

Dann kam auch die Frage: Wer darf zukünftig Schulen gründen, z. B. auch Scientology? Das wurden wir auch oft beim Sammeln der Unterschriften gefragt. Wir wollen nicht Grundgesetz und Schulgesetze aushebeln. Da sind Sie weiterhin gefragt als Schulaufsicht, den Prozess zu begleiten, damit solche Initiativen nicht Fuß fassen.

Dann gab es auch die Sorge, wir würden uns völlig von den Qualitätsstandards lösen wollen. Es spricht nichts dagegen, dass eine Schule ein Qualitätssicherungskonzept für sich entwickelt, das unter Einbeziehung Dritter evaluiert wird. Warum nicht? Die Prozesse müssen transparent sein.

Wie finde ich die richtige Schule für mein Kind? – Das ist jetzt schon nicht einfach. Schulen, die gut nachgefragt sind, sehen sich auch jetzt schon an Regeln gebunden, dass sie dann auslosen, welche Kinder aufgenommen werden können. Das wird auch bei einer nachgefragten freien Schule der Fall sein. Schulen sind, wenn ich sie als Lebensraum verstehen, auch offen zugänglich. Sie machen öffentliche Veranstaltungen. Gehen Sie hin mit Ihrem Kind, und schauen Sie rein in die Schule, ob Ihnen das zusagt! Gestalten Sie Schule mit als Eltern! Dann kann das auch eine Schule in Ihrem Sinn werden. – [İlkin Özışık (SPD): Tolle Antwort!] – Ich gebe erst mal weiter und komme gern noch mal auf Fragen zurück.

Vorsitzende Renate Harant: Herr Wilhelm!

Kurt Wilhelm (Volksinitiative „Schule in Freiheit“): Ich möchte auch eingehen auf die Frage: Wer darf dann eigentlich eine Schule gründen? – Herr Özışık, Sie haben auch gefragt: Was ist mit der Qualität, wenn jetzt einfach Abschlüsse neu gestaltet werden können? Wir haben uns so etwas wie einen Boden ausgedacht in dem Konzeptpapier, das wir vorgelegt haben, in den Umsetzungsvorschlägen in allen drei Bereichen, also im Bereich der pädagogischen Freiheit, wo wir wünschen, dass neue Abschlüsse entwickelt werden können von den Schulen, im Bereich der gleichberechtigten Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft und auch im Bereich der selbstständigen Organisation von staatlichen Schulen, also wenn staatliche Schulen die Rechtsfähigkeit bekommen. Wir haben uns eine Art Boden ausgedacht für diese Vorgänge, also dafür, dass eine Schule gleichberechtigt finanziert wird und 100 Prozent bekommt. Da haben wir immer drei Kriterien gefunden. Erstens müssen das Konzept und die Arbeit und natürlich auch die Form des Abschlusses transparent gemacht werden. Transparenz ist immer eine wichtige Bedingung für diese Vorgänge. Zweitens haben wir im Schulgesetz in Berlin eine wunderbare Grundlage gefunden für die Genehmigungen von Schulen in freier Trägerschaft oder für rechtlich selbstständige staatliche Schulen oder für die Gestaltung neuer Schulabschlüsse. Das Ganze muss auf einem Boden von kulturellen Standards stattfinden, die wir hier in Berlin schon erreicht haben und die in § 3 des Berliner Schulgesetzes ja auch ihren Ausdruck finden. Darin stehen wunderschöne Absätze, ich kann vielleicht mal ein, zwei Sätze daraus vorlesen. Da steht in Absatz 1:

Die Schule soll Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Werthaltungen vermitteln, die die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, ihre Entscheidungen selbstständig zu treffen und selbstständig weiterzulernen, um berufliche und persönliche Entwicklungsaufgaben zu bewältigen, das eigene Leben aktiv zu gestalten, verantwortlich am sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen und die Zukunft der Gesellschaft mitzuformen.

Also da finden schon von vornherein bestimmte extreme Einseitigkeiten keinen Boden. Wenn Sie z. B. Scientology nennen oder irgendwelche extreme Gruppierungen – die würden diesen Boden nicht finden. Diesen Boden schlagen wir vor, indem wir sagen: Lasst uns die kulturellen Standards definieren! § 3 enthält schon eine gute Form, die wir so auch gut finden. Wenn diese Bedingung erfüllt ist, wenn die Schule auf dieser Grundlage arbeitet, dann hat sie das Recht der gleichberechtigten Finanzierung, dann kann sie als staatliche Schule die Rechtsfähigkeit bekommen, dann kann eine Schule, wenn sie will, einen eigenen Abschluss gestalten. Wir gehen deswegen so auf die Abschlüsse zu, weil wir herausgefunden haben, dass die pädagogische Freiheit nicht mehr wie früher durch die Lehrpläne, sondern heute durch die Ab-

schlüsse eingeschränkt wird. Also die Befreiung, die durch die Rahmenlehrpläne gefunden wurde als Fortschritt vom Lehrplan zum Rahmenlehrplan, wird wieder unterhöhlt und untergraben durch die zunehmende Wichtigkeit und Vereinheitlichung der Abschlussprüfungen. Das schränkt die pädagogische Freiheit ein. Wir wollen eine Öffnung und haben uns überlegt: Wie können Schulen in die Lage versetzt werden, neue Abschlüsse zu gestalten? –, gerade weil wir die Qualität wichtig finden und in den jetzigen Abschlüssen die Qualität nicht mehr finden, z. B. im Abitur. Viele Unternehmen, auch große Unternehmen, können mit dem Abitur gar nicht mehr so viel anfangen. Die haben eigene Aufnahmeverfahren, um die Fähigkeiten der Bewerber besser kennenzulernen. Es gibt auch Abschlussmethoden wie z. B. – ich nenne das Wort – ein Abschlussportfolio. Ich habe kürzlich eines in der Hand gehabt, das war so eine dicke Mappe. Die habe ich durchgeblättert, und das war wie ein Reich, in dem man sich bewegen konnte, wo zu sehen war, auch mit Bildern, was der Schüler alles schon gemacht hat, was er schon für Kurse gemacht hat, was er für Projekte schon durchlaufen und durchwandert hat. Teile der Texte waren von ihm selbst geschrieben, andere Texte waren von den Lehrern geschrieben als eine Art Zertifikat. Also da konnte man einen Menschen in seiner Fülle mit seinen Fähigkeiten kennenlernen. Wenn ich nur diese paar Zahlen auf dem Papier habe, dann bringt das seine Qualität u. U. gar nicht zur Darstellung. Also Qualität ist etwas ganz Wichtiges, weswegen wir überhaupt die Volksinitiative machen. – Ich möchte es kurz halten, weil ich mir wünsche, dass wir vielleicht noch mal hin- und hergehen im Gespräch.

Vorsitzende Renate Harant: Ja, wir haben auch noch ein bisschen Zeit, und wenn noch Fragen von den Kollegen kommen, dann nehmen wir die natürlich gern noch auf. – Herr Özişik! – Ich habe jetzt verstanden, Sie geben weiter. – Herr Stüttgen! Wollen Sie noch etwas sagen? – Bitte!

Johannes Stüttgen (Volksinitiative „Schule in Freiheit“): Den letzten Punkt möchte ich noch mal ausdrücklich unterstreichen. Eben wurde es für möglich gehalten, dass wir Qualitätskontrollen abbauen wollen. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Im Gegenteil: Eigentlich tritt unsere Initiative an, um überhaupt einmal die Qualitätsfrage mehr in den Mittelpunkt zu rücken anstatt der Karrierefrage.

Das heißt, wir tun gerade so, als wüssten wir schon die Kriterien für Qualität im bestehenden Schul- und Hochschulsystem. Das stimmt ja gar nicht! Es wird Zeit, dass wir diese Frage noch mal radikal neu stellen. Wir sind heute in einer geschichtlich anderen Position als wir es gewesen sind, aus der dieses Schulwesen hervorgegangen ist. Gerade die Qualitätsfrage ist die entscheidende Frage, denn meine These ist die, dass aus unserem jetzigen Schulwesen immer weniger Qualität hervorgebracht wird.

Das Zweite ist: Die Qualität, die hervorgebracht wird, die messbar ist, also naturwissenschaftlichen Kriterien gehorcht, wird dadurch einseitig bevorzugt. Die Qualitätsfragen in geisteswissenschaftlichen Zusammenhängen werden völlig ausgeblendet und haben immer weniger eine Möglichkeit, sich zu entfalten. Wenn man aber andererseits nach dem Menschen und seiner individuellen Qualität fragt, dann fragt man sich weiter: Ist es in Zukunft richtig, einseitig nur die quantitativen Kriterien zu favorisieren, nur wenn man sie dann auch messen kann? – Dahinter steckt eine völlig falsche und meines Erachtens auch überholte Idee von Gerechtigkeit oder überhaupt von Qualitätskriterien. – Das möchte ich noch mal ausdrücklich betonen.

Ich schließe sofort an die entscheidende Frage an, was die Lehrerqualifikation angeht. – Dazu kann ich nur sagen: Die Lehrerqualifikation gehört zu unserem Thema. Letztlich brauchen wir nicht nur über Schulen zu reden, sondern wir sollten auch über die Ausbildung von Lehrern reden. Die sind eine zentrale Frage von Schule im weiteren Sinn, denn ob die Lehrerqualifikation nun tatsächlich dem heutigen menschlich erreichten Bewusstseinsstand entspricht, das ist noch mal eine andere Frage. Darüber möchte ich nichts sagen, sondern ich möchte diese Sache gerade in die freie Diskussion bringen, damit wir überhaupt mal einen Weg finden, die Qualitätskriterien zu ermitteln. Also, unsere Idee hat einen Prozesscharakter. Sie ist nicht etwa die Darbietung eines fertigen Modells nach dem Motto, wir wüssten alle schon, wo es langgeht. Keiner von uns weiß es wirklich! Ich bin sehr froh über eine Bemerkung der Abgeordneten der Grünen. Sie sagte: Ein Mangel an Vorstellungsvermögen treibt mich um. – Das finde ich toll! Das treibt uns alle um, weil die herrschenden Vorstellungen genau die sind, die uns im Weg stehen, um Prozesse anzugehen, die uns erst neue Kriterien liefern und die wir hier überhaupt noch gar nicht servieren können. Das ist der entscheidende Punkt.

Noch ein letztes Wort zu der häufig angeklungenen Frage nach der Sonderrolle Berlins, vor dem Hintergrund der KMK-Konferenz zum Beispiel oder gar Bologna. Da war die Rede von der Insellösung. – Ich kann dazu nur eines sagen: Man kann die Sache auch mal umkehren und fragen, wie es denn wäre, wenn Berlin an die vorderste Front käme – [Lars Oberg (SPD): Wir wollen keinen Krieg!] – und einen Vorbildcharakter demonstrieren würde, an dem sich alle anderen endlich mal orientieren könnten. Was heißt denn hier überhaupt Bologna? Sie haben mich gefragt, ob ich dafür bin. – Ich bin überhaupt gar nicht dafür, denn eine Art systematischer Zerstörung unseres Hochschulwesens ist die Folge, wo die Freiheit immer mehr ausgeklammert wird. Das sind Katastrophen, die auf uns zukommen und die jetzt schon in Gang sind. Insofern gehört das alles mit in unsere Initiative hinein. Also, Bologna – von wegen!

Noch mal: Die Insellösung könnte ein Vorteil sein, denn da könnte man mal europaweit ein Modell starten, bei dem plötzlich andere sagen: Das ist ja interessant, was die hier riskieren. Denn das Gegenteil von Angst ist Mut, und wenn sehr viele Argumente aus der Angstecke kommen, dann schlage ich vor: Lasst uns mal lieber auf die Mutlinie treten. Das können wir, wir sollten da mehr Selbstvertrauen haben.

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Stüttgen! – Herr Schmalwasser! Möchten Sie noch etwas sagen?

Jonathan Schmalwasser (Volksinitiative „Schule in Freiheit“): Die meisten Punkte, zu denen ich etwas sagen wollte, wurden schon von Herrn Stüttgen beantwortet. – Ich möchte gern noch auf den Punkt der Abgeordneten der Grünen eingehen, einen Raum zu schaffen, an dem man weiter über Fragen diskutieren und sich austauschen könnte. Eines der wichtigsten Dinge, mit denen wir hier rausgehen könnten, ist, dass ein Austausch hier nicht nur einmal, in einer solchen Sitzung, stattfindet, sondern, dass wir es schaffen, vielleicht einen Ort zu generieren, an dem ein fortwährender Austausch stattfinden kann und neue innovative Ideen entstehen können. Ich glaube, Sie sind da vielleicht viel kreativer. Ihnen stehen da vielleicht viel mehr Ideen zu, in welche Richtung man da gehen könnte. Ich habe viel Zeit und kann mich mit lauter Leuten privat in irgendwelchen Gruppen treffen. Vielleicht gibt es aus Ihrer Sicht eine Möglichkeit, wie man das gesetzlich irgendwie umsetzen könnte, da würde ich die Frage gern zurückgeben.

Dann noch zu der Frage, was passieren würde, wenn jetzt plötzlich alle Schüler keine Abschlüsse mehr hätten. – Die Leute werden sich Gedanken darüber machen, was man mit diesen Schülern macht. Die Hochschulen werden darauf reagieren müssen, und auch die anderen Bundesländer werden darauf reagieren müssen, wenn dann laufend Leute von woanders kommen, die keine Abschlüsse mehr haben. – [Zuruf: Andere!] – Denn wenn viele Leute plötzlich andere Abschlüsse haben und die Leute mit Abitur viel weniger werden, dann suchen die Nachfolger, Leute, die studieren, und sie suchen Leute für ihre Unternehmen, engagierte, gut ausgebildete Menschen. Die Idee ist, dass durch diese Abschlüsse mehr Möglichkeiten entstehen, solche Leute auszubilden.

Zur Gemeinschaftsschule: Ja, die Gemeinschaftsschule bietet schon eine sehr schöne Lösung. Ich bin auf einer Gemeinschaftsschule, und wir haben viele Freiheiten, aber die Abschlüsse stehen immer noch da und schränken das Ganze immer noch ein. Es wurden schon schöne Schritte gegangen, aber wir können noch mehr gehen. – Danke!

Vorsitzende Renate Harant: Ich habe jetzt noch drei Wortmeldungen, von Herrn Delius, Herrn Oberg und Frau Kittler, und dann könnten Sie abschließend antworten. – Bitte, Herr Delius!

Martin Delius (PIRATEN): Kurz zu Herrn Kaun: Dass ich draußen war heißt nicht, dass ich uninteressiert wäre. Wir werden ein Wortprotokoll haben, das öffentlich sein wird, und darin können dann alle schmökern.

Ich fanden Punkt, den auch Frau Remlinger gesagt hat, was das Weiterdiskutieren und das Schaffen eines Raumes angeht, sehr wichtig und gut. Es ist so, dass wir als Opposition auch an anderer Stelle versuchen, Runde Tische – Herr Birk weiß das – zum Beispiel im Bereich Medienpädagogik zu schaffen, um außerhalb des Parlaments, aber mit Parlamentsbezug weiterdiskutieren zu können. Ich werde mich gern bemühen, dass wir ein solches Forum auch für die Initiative „Schule in Freiheit“ und alles, was da dranhängt, finden. Ansonsten habe ich – das sage ich noch einmal – keine Sorge, dass das Thema nach dieser einen Sitzung in Vergessenheit gerät, denn es ist – erstens – schon die zweite Gelegenheit in verschiedenen Legislaturperioden, die Sie uns hier bieten, zuzuhören, und zweitens vertraue ich Ihnen, dass Sie das notwendige Maß an Renitenz vorweisen, uns mit diesem Thema zu beschäftigen.

Zum Thema Mut: Herr Stüttgen! Sie haben völlig recht! Das Problem der – – Ich glaube, da sind wir uns alle einig, auch wenn jetzt auf dieser Seite immer so viel Raunen kommt. Wir reden hier ständig über die Frage: Was sind Qualitätskriterien? Wie können wir die Leistungen, die wir aufgrund des Haushaltsplans oder aufgrund dessen, was die Senatsverwaltung ausgeben möchte, in die Welt herausgeben, bewerten? Wie können wir bewerten, ob dabei etwas herausgekommen ist? Wie können wir Kriterien dafür schaffen, wonach wir überhaupt entscheiden können, wie viel Geld es denn braucht? – Ich bleibe jetzt mal nur beim Geld und nicht bei den Abschlüssen, aber auch da trifft das natürlich zu. – Das heißt: Es macht doch einfach Sinn, sich darüber zu unterhalten, auch mal andere Wege zu gehen. Ich erinnere noch einmal daran: Mit dem Brennpunkt-Schulprogramm, Frau Senatorin, gehen Sie meiner Meinung nach schon einen anderen Weg. Sie schaffen ein Vereinbarungsmodell – so haben Sie es zumindest erklärt. Das fand ich gut und unterstützenswert, und nichts anderes macht diese Initiative gerade. So wie ich das lese, ist das der Weg hin zu einem Vereinbarungsmodell zwischen Schule oder Schulorganisation, Initiative – wie auch immer –, Lernort und der Gesellschaft, dem Staat und den Geldgebern. Darüber möchte ich gern weiter diskutieren. Ich lese die Initiative nicht so – ich komme gleich zu meiner Frage –, dass jetzt alle Abschlüsse abgeschafft gehören, sondern das, was ich lese, das ist eine Befreiung von Abschlüssen. Das widerspricht doch gar nicht der Initiative, zu sagen, dass es Noten gibt, nur reicht das nicht aus. Und ich sehe das genauso, dass es nicht ausreicht, dass da ein paar Zahlen auf dem Zettel stehen. Das finde ich völlig richtig.

Jetzt zu meiner Frage: Was ist denn Ihrer Meinung nach das Erste Ihres umfangreichen Forderungskatalogs, das man auf dem Weg, um zu einer Schule in Freiheit zu bekommen, umsetzen muss?

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Delius! – Bitte, Herr Oberg!

Lars Oberg (SPD): Vielen Dank! – Ich habe zwei Fragen und eine Anmerkung. Meine erste Frage bezieht noch einmal auf einen Aspekt, den mein Kollege Özişik angesprochen hat und der noch nicht beantwortet wurde. Vielleicht gelingt es in der zweiten Runde, einen kurzen Moment dafür zu finden und zu erläutern, wie sich die Vertragsfreiheit der einzelnen Schule auf die Möglichkeit der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung der dort Beschäftigten niederschlägt. Sprich: Wer entscheidet, wie viel Sie verdienen und ob das ins Belieben der einzelnen Schule gestellt wird?

Herr Stüttgen! Sie hatten davon gesprochen, dass wir eine andere Bewusstseinsstufe erreicht hätten, die mit unserem Bildungssystem, so wie wir es hätten, nicht mehr zusammenpasst. Können Sie uns das ein bisschen näher erläutern? Das macht mich neugierig.

Als Letztes ein Hinweis: Wenn gesagt wird, wenn wir da mutig vorangehen, dann müssen sich andere überlegen, was sie mit unseren Ergebnissen anfangen, dann muss man sich aber trotzdem daran erinnern, wer denn die anderen sind. Die anderen sind alle die, die hier nicht im Raum sitzen. Die anderen sind alle die, die wir nicht beeinflussen können. Das ist zwar mutig und vielleicht auch ein Experiment, aber Freiheit so zu interpretieren, dass man ins Belieben der anderen gestellt wird, wäre mir ein bisschen zu eingengt für einen Freiheitsbegriff, weil ich glaube, dass wir neben dem Mut auch Verantwortung brauchen und Verantwortung für die Ergebnisse unseres Handelns. Wenn ich ganze Schülergenerationen außerhalb der Grenzen Berlins ohne anerkannte Abschlüsse, ohne einen geraden Weg an die Hochschulen und in die Ausbildungsberufe entlasse, dann muss ich mir vorher schon überlegen, ob ich das verantworten kann. Man kann natürlich hoffen, dass andere etwas tun, aber die Hoffnung allein reicht vielleicht nicht, wenn wir davon reden, dass es um ein paar Zehntausend Leute geht.

Vorsitzende Renate Harant: Danke, Herr Oberg! – Als Letzte – bitte, Frau Kittler!

Regina Kittler (LINKE): Es wäre sicherlich sinnvoll, dem Vorschlag zu folgen, im gemeinsamen Gespräch zu bleiben. Das würde aber auch nur Sinn machen, wenn wir alle dazu bereit wären. Ich wäre das durchaus, wir waren auch schon bisher im Gespräch, aber ich muss mal beharrlich sein: Die Fragen, die ich gestellt habe, haben Sie so gut wie nicht beantwortet. Ich habe nach der Inklusion, nach der inklusiven Schule gefragt, nach der sozialen Auslese, nach der wohnortnahen Zuweisung und noch ein paar anderen Sachen. Einer hat schon gesagt – ich weiß nicht mehr, wer es war: Wir haben nicht auf alles eine Antwort. Das ist ein Prozess, wir sind in der Debatte, und das müssen wir sicherlich auch bleiben. Aber wenn Sie heute darauf nicht antworten wollen oder können, dann tun Sie das vielleicht ein anderes Mal, weil das zum Beispiel für mich ganz wichtige Fragen sind. Wir können hier nicht die Graswurzelrevolution ausrufen, aber die Insellösung – das muss ich einmal sagen – ist ein Wunsch von Ihnen, der sich nicht realisieren lassen wird, weil Sie dann erreichen müssten, dass es – – Ich weiß, dass es in der Bundesrepublik insgesamt diese Bestrebungen gibt, aber eine Massenbasis kann ich jetzt noch nicht erkennen. Ich glaube auch nicht, dass es unser Ziel sein muss, uns hier loszulösen von der Entwicklung insgesamt in Deutschland und in Europa – jedenfalls ist das nicht meine Zielstellung. Vielleicht sollten wir auch darüber zukünftig noch diskutieren.

Vorsitzende Renate Harant: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, dann gebe ich Ihnen jetzt die Gelegenheit, abschließend zu sprechen. Wer möchte? – Bitte, Herr Stüttgen!

Johannes Stüttgen (Volksinitiative „Schule in Freiheit“): Ich fange an, möglichst kurz: Mit Sicherheit sind hier nicht sämtliche Fragen, die Sie gestellt haben, beantwortet, da sind wir uns einig. Aber es geht hier auch nicht darum, irgendwelche flotten Antworten zu liefern in einer bestimmten Zeitspanne, sondern eigentlich geht es darum, die Fragen, die Sie stellen, zu untersuchen, inwieweit sie gründlich bearbeitet werden können. – Ich wiederhole mich da. – Wir müssen Möglichkeiten schaffen, alle diese Fragen, die in unserem jetzigen System auch

nicht beantwortet sind, neu aufzugreifen. Sie haben zum Beispiel die Frage nach den benachteiligten Schülern gestellt, wie man an die rankommt. Ich bin mir nicht so sicher, ob wir jetzt bereits schon die zwingende Methode haben, an die heranzukommen, sondern möglicherweise sind ganz neue Wege erforderlich, um Aufmerksamkeit auf den sogenannten schlechten oder benachteiligten Schüler oder auch solche Schichten zu richten. Ich bin mir nicht sicher, dass wir das schon geleistet hätten, aber ich bin sicher, dass man es nur durch Experimente leisten kann, durch Forschersinn und Interesse und dadurch, dass diese Initiativen endlich auch mal gleichberechtigt finanziert werden. Ich bin mir sicher, dass das dann möglich wäre.

Was die Finanzierung der Lehrer anbelangt, so ist das sowieso eine generelle Frage der Finanzierung. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass die Einkommensfrage in zunehmendem Maße eine demokratische Frage werden muss und nicht mehr abhängig sein darf von irgendwelchen profitorientierten erfolgreichen Tendenzen. Die Einkommensfrage, ob es nun die Lehrer- oder die Schülereinkommensfrage ist, ist in der Tat eine der zentralen demokratischen Fragen, über die man unter Umständen sogar direkt demokratisch entscheiden muss. – So weit erst mal.

Vorsitzende Renate Harant: Bitte, Herr Kaun!

André Kaun (Volksinitiative „Schule in Freiheit“): Danke! – Ich möchte kurz auf die Frage antworten, ob die Unterschriften möglicherweise die gleichen sind wie bei der letzten Volksinitiative. – Es wäre reiner Zufall, wenn die 29 000 Unterschriften mit den 29 000 vom letzten Mal identisch wären. Wir haben, glaube ich, diesmal 180 Unterschriften mehr als beim letzten Mal.

Wie geht es weiter? – Wir diskutieren natürlich, wie wir als Gruppe, als Initiative weitermachen. Es gibt die Idee eines bildungspolitischen Salons, wo wir darüber nachdenken, ob wir uns als Bürger vielleicht dort weiter zusammenschließen. Ich denke, wir wären an einer Zusammenarbeit mit Ihnen immer interessiert, Gespräche sind immer sinnvoll, aber bei uns ist auch das Wort „Volksbegehren“ schon gefallen.

Sie hatten nach den wichtigsten Sachen gefragt. – Da muss ich drei sagen: Das sind die gleichberechtigte Finanzierung der freien Träger, der Wegfall der Wartezeit und die 100 Prozent gleiche Finanzierung. Ich sage noch einmal als Elternvertreter einer staatlichen Schule: Ich identifiziere mich sehr stark mit dieser staatlichen Schule. Wir brauchen diese freien Träger als Mutmacher, als Vorbild und Leuchtturm, damit sich auch die Kollegen dort mal etwas abgucken können. – Die Stärkung der Schulversuche wäre das nächste Wichtige für mich und die Zulassung von alternativen Schulabschlüssen.

Dann noch zum Thema Inklusion – soziale Auslese: Das Wichtigste aus meiner Sicht ist, dass das Schulgeld für die freien Träger nicht mehr notwendig ist, denn dann findet dort auch nicht mehr diese soziale Auslese statt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es dann immer noch Ausgrenzungen gibt.

Ein anderer wichtiger Punkt, den wir auch benannt haben, sind die Aufnahmekriterien. Die Schulen, die freien Träger, die eine hundertprozentige Finanzierung bekommen, müssen ihre

Aufnahmekriterien transparent – wir sagen dann immer im Internet – öffentlich bekanntgeben, und dann kann jeder nachlesen, wie es dort weitergeht.

Zur Lehrerbezahlung nur noch: Wir haben eine Gewerkschaft, die GEW, bei der sich im Falle eines Problems – wie in der Wirtschaft – die Tarifpartner treffen. Warum sollen die freien Schulen nicht auch mit der GEW verhandeln? Warum sollen die selbstständigen Berliner staatlichen Schulen nicht auch mit der GEW über Gehälter sprechen? – Danke!

Vorsitzende Renate Harant: Besteht noch Redebedarf von Ihrer Seite? – Bitte, Frau Schrodt!

Monika Schrodt (Volksinitiative „Schule in Freiheit“): Da war noch die Frage: Was kann die Schulverwaltung den Schulen abnehmen? – Klar, da sitzen Kompetenz und Erfahrung in Sachen Personalverwaltung. Wir werden weiterhin verbeamtete und angestellte Lehrkräfte haben, die dort auch weiterhin angesiedelt sein können. Die Verwaltungskompetenz kann für die selbstständige Organisation in die Schulen hinein verlagert werden. Wir wissen, dass wir bislang zu wenig Verwaltungspersonal haben, es kann dort seine Aufgaben für die selbstverwalteten Schulen wahrnehmen.

Sie fragten: Macht die inklusive Schule die formalen Abschlüsse obsolet? – Da kann ich Ihnen nur zustimmen. Wir werden die Erfahrung machen, wenn wir die Inklusion ernst nehmen, dass auch das nicht zusammenpasst und wir darüber neu nachdenken müssen.

Vorsitzende Renate Harant: Herr Wilhelmi!

Kurt Wilhelmi (Volksinitiative „Schule in Freiheit“): Zu der Frage nach den Unterschriften, ob jetzt neue Menschen unterschrieben haben: Wir haben die zweite Volksinitiative auch deshalb gestartet, um neue Menschen ansprechen zu können. Berlin ist riesig, aber wir haben mit der ersten Volksinitiative nur einen Bruchteil der Menschen erreicht. Mit der zweiten Volksinitiative wollten wir einfach noch mehr Menschen erreichen und durch die Arbeit wachsen, wobei diese auch noch nicht ausgereicht hat, um alle zu erreichen.

Dann noch zu Ihrer Frage nach der Wohnortnähe: Ich kann mir vorstellen, dass man, wenn wir in Berlin ein Gesetz für eine gleichberechtigte Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft schaffen, diese gleichberechtigte Finanzierung mit Merkmalen versieht, wie zum Beispiel mit der Bedingung, dass kein verpflichtendes Schulgeld mehr erhoben werden darf und die Wohnortnähe ein Hauptkriterium für die Aufnahme der Schüler sein soll. – Dem könnte ich zum Beispiel in einem Volksentscheid zustimmen, wenn das zur Abstimmung stünde.

Letzter Punkt: Sie fragten nach den nächsten Schritten. Was sind jetzt die wichtigen Schritte? – Ich möchte diese Frage ein bisschen umändern und so formulieren: Was sind vielleicht die nächstmöglichen realistischen Schritte? – Das Wichtige ist vielleicht erst in zehn, zwanzig Jahren realisierbar, aber wir können jetzt schon anfangen, Schritte in diese Richtung zu gehen. Dazu möchte ich zwei Punkte nennen, die sich in unseren bisherigen Vorgesprächen als realisierbar und realistisch für eine Umsetzung ergeben haben. Das ist – erstens – die Stärkung des Rechts auf Schulversuche für die staatlichen Schulen, dass sie leicht und unkompliziert einen

Schulversuch genehmigt bekommen und dadurch Dinge ausprobieren können, zum Beispiel das PKP-Budget von drei auf zehn Prozent erhöhen können – dafür gibt es schöne Beispiele. Das ist durchaus umsetzbar.

Der zweite Punkt, den ich für umsetzbar halte, ist die Abschaffung der Wartefrist oder zumindest die Verkürzung der Wartefrist oder auch die Einführung einer Rückerstattung, wie in Hamburg, dass eine Schule die ersten ein, zwei Jahre vorfinanziert, aber dann das Geld zurückerstattet bekommt. Diese Dinge halte ich für realisierbar. Damit will ich sagen, dass so eine Volksinitiative vom Parlament nicht im Ganzen befürwortet oder abgelehnt werden muss, sondern Sie können sich die Punkte herausgreifen, die für Sie Sinn machen, für Sie richtig sind und wofür Sie gemeinsam eine Mehrheit finden. – Danke!

Vorsitzende Renate Harant: Vielen Dank, Herr Wilhelmi! – Das Schlusswort spricht Herr Schmalwasser. – Bitte sehr!

Jonathan Schmalwasser (Volksinitiative „Schule in Freiheit“): Ich sage das vielleicht nicht unbedingt als Schlusswort, sondern ich möchte kurz auf die Frage eingehen: Wer sind die anderen? – Es herrscht vielleicht ein Missverständnis, dass es uns darum geht, dass alle Schulen plötzlich selbstständig sein müssen, dass wir wollen, dass von jetzt auf heute alle Schulen alternative Abschlüsse haben sollen und das flächendeckend eingeführt wird. Vielmehr geht es uns darum, dass man den Schulen, die sich schon zutrauen, so weit zu gehen, dass sie ihren Schülern vermitteln, welches Risiko dahinter steckt, den Raum gibt, um einen weiteren Schritt machen zu können. Es geht nicht, dass das jeder plötzlich machen soll. Das würde in einem Chaos enden, da gebe ich Ihnen recht.

Vorsitzende Renate Harant: Gut! – Jetzt habe ich das Schlusswort. Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie uns das vorgetragen haben. Etliche Kolleginnen und Kollegen hatten schon vor drei Jahren mit Ihnen diskutiert. Ich stelle fest, dass Sie uns inzwischen einen etwas anderen Ansatz bieten. Ihr Anspruch ist nicht mehr so universal, dass alles sofort geschehen muss, sondern Sie sagen, es müsse schrittweise gehen und machen konkrete Vorschläge. Insofern sind wir uns gar nicht so fern. Auch wir versuchen die ganze Zeit, das Berliner Schulwesen noch schrittweise zu verbessern und sind für Anregungen selbstverständlich dankbar. Wie gesagt: Vielen Dank für die Anregungen, die wir von Ihnen bekommen haben! Wir werden uns darüber verständigen.

An meine Kollegen: Wie wir schon vereinbart haben, werden wir in zwei Wochen die Auswertung der heutigen Sitzung vornehmen, wofür wir das Wortprotokoll in einer besonderen Geschwindigkeit benötigen. Wir bitten die Verwaltung, ihr Möglichstes zu tun, damit uns wenigstens kurz vor der nächsten Sitzung das Protokoll vorliegt. Insofern vertage ich diesen Tagesordnungspunkt bis zum nächsten Mal. – [Allgemeiner Beifall] –

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.